

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
Oberösterreichs Verkehrspolitik mit den Klimazielen in Einklang bringen: Vorrang für
klimaverträgliche Mobilität**

Gemäß § 25 Abs. 7 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, alle in Planung befindlichen Verkehrsprojekte in Oberösterreich auf die Erreichung der im Pariser Abkommen verankerten Klimaziele hin zu überprüfen und daraus abgeleitet eine Neubewertung im Sinne von Vorreihungen von klimaverträglichen bzw. Streichungen von klimaschädlichen Projekten vorzunehmen.

Begründung

Der Verkehr ist das Sorgenkind in der Klimapolitik. Das ist belegbar: Zum fünften Mal in Folge sind 2019 die CO₂-Emissionen des Verkehrs in Österreich gestiegen und konterkarieren damit die Pariser Klimaziele. Seit 1990 sind die CO₂-Emissionen des Verkehrs um 75 Prozent gestiegen, während die Sektoren Gebäude, Energie und Industrie, Abfallwirtschaft und Landwirtschaft weniger Treibhausgase verursachen. Die Steigerung beim Verkehr macht die gesamten Einsparungen in den anderen Bereichen zunichte.

Die letzte Oö. Verkehrserhebung hat gezeigt, dass in Oberösterreich die Zahl der Autofahrten gestiegen ist, während der Anteil des Öffentlichen Verkehrs zurückgegangen ist. Auch der Klima-Bundesländervergleich von Global 2000 zeigt die Auswirkungen beim Verkehr klar auf: Demnach ist Oberösterreich bundesweit Spitzenreiter bei den Pro-Kopf-Treibhausgas-Emissionen und liegt im Schlussfeld beim Öffentlichen Verkehr. Mit 7,3 t CO₂ hat Oberösterreich den höchsten Pro-Kopf-Ausstoß in Österreich. 69% der Wege werden in Oberösterreich mit dem motorisierten Individualverkehr, 9% mit dem öffentlichen Verkehr, 6% mit dem Fahrrad und 16% zu Fuß zurückgelegt. Nach Kärnten und Burgenland hat Oberösterreich damit den höchsten Anteil des motorisierten Individualverkehrs.

Das EU-Parlament hat kürzlich beschlossen, bis 2030 die Treibhausgase um 60 Prozent zu reduzieren. Österreich hat das Weltklima-Übereinkommen von Paris aus dem Jahr 2015 ratifiziert und sich auf EU-Ebene verpflichtet, seinen Treibhausgasausstoß bis 2030 um mindestens 36% (bezogen auf das Ausgangsjahr 2005) zu verringern. Der Verkehrssektor hat dabei die größte Bringschuld, um das CO₂-Minderungsziel zu erreichen. Im Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung ist verankert, dass „das gesamtstaatliche Klimaziel für den Bereich Verkehr als übergeordnete verbindliche Handlungsanleitung fungiert, an der sich die strategische Planung für alle Verkehrsträger ausrichten muss.“

Angesichts der klimapolitischen Lage ist es dringend notwendig, dass Oberösterreich mit einer Verkehrswende gegensteuert und vorrangig in nachhaltige Mobilität investiert, um die oberösterreichische Verkehrspolitik endlich in Einklang mit den Klimazielen zu bringen. Nötig ist eine Neubewertung aller geplanten Verkehrsprojekte in Oberösterreich, die dem Klimaschutz und die Erreichung der im Pariser Abkommen verankerten Klimaziele Rechnung trägt. Statt immer mehr Autobahnen und Straßen zu bauen, muss der Fokus auf einem massiven Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, der deutlichen Attraktivierung der Rad-Infrastruktur und vernetzter Mobilitätsangebote liegen.

Der Landesrechnungshof hat bereits 2011 in seinem Bericht zum „Straßenbau“ festgehalten, dass „ein gewisser Sättigungsgrad im Straßenbau erreicht ist. Die aktuell anstehenden verkehrlichen Probleme werden nach Ansicht des LRH nur mehr vereinzelt mit Straßenbaumaßnahmen lösbar sein. (...) Aus budgetärer Sicht wird mittelfristig eine schrittweise und spürbare Umschichtung von Finanzmitteln aus dem Straßenneubau in den Bereich der Erhaltung unumgänglich sein. Weiters ist mittelfristig die Mittelverteilung zwischen dem Straßenneubau und dem öffentlichen Verkehr zu überdenken.“ Der LRH empfahl daher „die skizzierte schrittweise Zurücknahme des Straßenneubaus zugunsten der Straßenerhaltung und in weiterer Folge zugunsten des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs zu berücksichtigen.“ Die Realität in Oberösterreich sieht allerdings anders aus: Straßenneubauprojekten wird immer noch Vorrang gegeben, von der Realisierung der wichtigsten Schienenprojekte ist man hingegen weit entfernt.

Die Anforderungen von Klimaschutz und moderner Verkehrspolitik machen ein Umdenken in der Verkehrspolitik nötiger denn je. In Anbetracht der Dringlichkeit fordert der Oö. Landtag aus den genannten Gründen daher die Oö. Landesregierung auf, die in Planungen befindlichen Projekte im Verkehrsbereich auf die Einhaltung der Klimaziele neu zu bewerten und klimafreundlichen Projekten Vorrang einzuräumen.

Linz, am 13. Oktober 2020

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)
Mayr, Böker, Schwarz, Bors, Hirz